

Elmar Altvater

## Kapital und Arbeit im Zeitalter der Globalisierung

---



*Prof. Dr. Elmar Altvater, geb. 1938 in Kamen, Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in München, lehrt Politische Wissenschaft und Politische Ökonomie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.*

---

In Sabine Christiansens Talkshow vom 27. Juli 2003 zum Thema Ausbildungsnotstand und Lehrstellenmangel bedauerte der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Dieter Hundt, dass in der Runde ein Gewerkschafter fehle. Offenbar haben die Talkshowgestalter die Kompetenz kleiner Bauunternehmer, von Handwerksfunktionären und Parteipolitikern für ausreichend gehalten, um auf die der Gewerkschaften in einer für Arbeitnehmer zentralen Frage verzichten zu können. Gewerkschaften müssen nicht erst nach dem Personalgerangel in der IG Metall als „Prügelknaben der Nation“ herhalten. Der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften in der öffentlichen Wahrnehmung ist nicht nur eigenen Fehlern geschuldet. Dahinter steckt mehr, nämlich die tiefgreifende Veränderung in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik im Zuge der Globalisierung.

### **Globalisierung nur ein Schlagwort?**

Gerade in gewerkschaftlichen Kreisen meinte man, dass Globalisierung eine von den Arbeitgebern aus durchsichtigen Gründen erfundene Drohformel sei, um in Tarifausinandersetzungen mit dem Argument von „Sachzwängen der globalen Konkurrenz“ Zugeständnisse zu erpressen. Auf den ersten Blick ist diese Interpretation nicht abwegig, findet man doch in der Statistik mehr Belege für eine Regionalisierung der Weltwirtschaft als für eine Globalisierung. Fast 70 Prozent des Außenhandels der Länder der Europäischen Union wird innerhalb der Europäischen Union abgewickelt, nur 30 Prozent mit dem großen Rest der Welt.

Doch erstens ist Europa innerhalb der modernen Welt eine Ausnahme. Selbst in Nordamerika macht der intraregionale Handel nur 30 und 35 Prozent aus. In Afrika oder Lateinamerika ist fast der gesamte Handel für den Weltmarkt außerhalb der jeweiligen Region bestimmt - und ein großer Teil dieses Weltmarktes ist für außereuropäische Länder Europa. Europa und die USA sind sozusagen der globale Markt.

Außerdem trügen die Handelsstatistiken über das Ausmaß der Globalisierung. Denn vor allem die Direktinvestitionen haben die weltwirtschaftliche Verflechtung intensiviert. Die Bedeutung der transnationalen Konzerne hat sich folglich erhöht. Dafür sprechen auch die grenzüberschreitenden Fusionen großer Unternehmen nahezu aller Branchen. Ein erheblicher Teil des Außenhandels der Entwicklungsländer wird von transnationalen Unternehmen aus den Industrieländern abgewickelt. Und überhaupt ist fast die Hälfte des „freien Welthandels“ von den Konzernspitzen administrierter Intra-Konzernhandel zwischen den Kontinenten, gesteuert aus den Zentren der „global cities“.

Wenn man außerdem noch die Kapitalflüsse berücksichtigt, werden Zweifel am Ausmaß der Globalisierung sehr schnell zur Blindheit gegenüber den Fakten. Schon die Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, wie Finanzentscheidungen der Wall Street in New York oder der Lombard Street in London ganze Länder in den Bankrott treiben können, der nur durch Kredite globaler Institutionen wie des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Sitz in Washington D.C. abgewendet werden kann. Die lokale Armut in Indonesien ist eine Folge der Wirkungsweise globaler Finanzmärkte, und die Krise der britischen kapitalgedeckten Pensionskassen ist eine direkte Folge des Kursverfalls an den globalen Börsen.

Fast wichtiger als die Statistiken über Welthandel, Direktinvestitionen und Kapitalflüsse sind die Standards, denen das Wirtschaftsgeschehen gehorcht, und diese sind inzwischen tatsächlich global. Die Preise der Produkte, die weltweit gehandelt werden, sind vergleichbar („single price“), auch wenn die Produktionsbedingungen (Arbeitszeiten, Techniken, Löhne) immer noch von Ort zu Ort verschieden sind. In der weltweiten Kommunikation benutzen wir eine Sprache, die lingua franca des Englischen. Wir haben es inzwischen auch mit einem weltweiten Rechtssystem zu tun, das für die Millionen Verträge, die das Marktgeschehen von Welthandel, Direktinvestitionen und Kreditbeziehungen regulieren, mehr oder weniger verbindlich ist. „Mehr oder weniger“ - das heißt, dass es sich dabei oftmals nicht um „hard law“, sondern um aus dem globalen Geschäftsleben entstehendes „soft law“ handelt. Es hat sich also inzwischen so etwas wie ein informelles Recht, basierend auf den US-amerikanischen Rechtsvorschriften und -vorstellungen, durchgesetzt.

Das Design der Produkte, die wir im Alltagsleben benutzen, hat eine globale Warenästhetik erzeugt; die technischen Standards sind in vielen Bereichen fast identisch, weil nach ISO normiert. Software-Produkte lassen sich an jedem Ort, wo ein Internetanschluss möglich ist, auf die jeweilige Festplatte laden. Dass McDonald globale Essgewohnheiten gegenüber regionalen und nationalen Esskulturen durchgesetzt hat, ist inzwischen vielzitierte Binsenweisheit.

Die Drohgebärde unter Berufung auf die Globalisierung und den globalen Wettbewerb ist die eine Seite, die andere ist die tatsächliche Dynamik dieser Welt, auf die sich auch Gewerkschaften strategisch beziehen müssen. Gewerkschaften müssen daher wie immer in der Geschichte als Gegenmacht gegen das - nun globalisierte - Kapital fungieren und zugleich Gestaltungsaufgaben - nun ebenfalls unter Bedingungen der Globalisierung - übernehmen. Die Schwierigkeiten der Bewältigung dieser doppelten Aufgabe nimmt ihnen niemand ab. In gebotener Kürze sollen drei Aspekte diskutiert werden: die Veränderungen der Arbeits-

welt, der Finanzmärkte und der Politik, um die Konsequenzen der Globalisierung für die Gewerkschaften einkreisen und die Handlungsdispositive bestimmen zu können.

### **Die Informalisierung der Arbeitswelt**

Der globale Wettbewerb hat einen Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge, und zwar weltweit. Die Versprechen der Wohltaten des freien Handels basieren auf der so genannten Theorie der komparativen Kostenvorteile, die David Ricardo, ein Politökonom des frühen 19. Jahrhunderts, aufgestellt hat. Durch Außenhandel kann man die internationale Arbeitsteilung vertiefen und so die Spezialisierung bei der Produktion zwischen den am Weltmarkt beteiligten Ländern voranbringen. In der Folge steigt überall - in allen Branchen, in allen Ländern - die Produktivität. Größere Mengen der Produkte können in der gleichen Zeiteinheit hergestellt werden. Die Zunahme der Produktion ist gleichbedeutend mit einem Anstieg des „Wohlstands der Nationen“, denn die Konsumenten können mehr konsumieren. Die Kehrseite der Produktivitätssteigerung aber ist der Verlust von Jobs. Dies gilt per Saldo - es passiert also nicht an jedem „Standort“ in gleicher Weise, sondern ungleichmäßig und gleichzeitig. Und so kommt es, dass wir weltweit einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben; die ILO zählt mehr als 700 Millionen Menschen ohne angemessene Arbeit.

Es ist nicht nur schwierig, sondern unmöglich, die Arbeitslosigkeit abzubauen, wenn man gleichzeitig den Welthandel dereguliert und die Standortkonkurrenz antreibt und auf diesem Wege die Produktivität steigert. Allerdings herrscht im wirtschaftspolitischen Mainstream die Vorstellung, dass Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gut für die Beschäftigung sei. Das kann durchaus sein, aber nur am erfolgreichen Standort, an den anderen nicht. Im Hinblick auf die globale Beschäftigung ist die Wirkung des Freihandels ein Negativsummenspiel. Sein Ergebnis ist, wie schon Ricardo klarer ausdrückte als die heutigen neoliberalen Freihandelsprediger, „redundant population“, überzählige Bevölkerung.

Die Menschen sind findig. Viele der Arbeitslosen bewegen sich in den so genannten informellen Sektor, prekär beschäftigt in autonomer Selbständigkeit von Kleinstunternehmern, in Deutschland „Ich-AG“ genannt, von Straßenhändlern angefangen bis zu kleinen Firmen, die auch als Zulieferer für große multinationale Konzerne fungieren können. Der informelle Sektor bietet denjenigen, die aus der formellen Beschäftigung ausgegliedert werden, eine „Exit-Option“, und er expandiert daher, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern. In Lateinamerika sind im Durchschnitt mehr als 60 Prozent der Erwerbspersonen, in Afrika südlich der Sahara an die 90 Prozent, und selbst in den Industrieländern sind inzwischen bis zu 30 Prozent der Arbeitskräfte nicht mehr formell beschäftigt, sondern informell. Das heißt aber, dass sie in der Regel ohne gewerkschaftlichen Schutz, ohne ausreichende Sozialversicherung, ohne dauerhafte, längerfristig gültige Arbeitsverträge, ohne tarifvertragliche Absicherung arbeiten müssen. Aber diese Menschen haben einen Job und daher auch ein Einkommen, das sehr häufig beklagenswert niedrig ist. Sie passen so in ein politisches Projekt, das aktiv auch in den Industrieländern verfolgt wird: die Absenkung des Anspruchslohns durch Reduzierung sozialer Leistungen, um so Arbeit für Unternehmen „rentabel“ (also „exploitable“) zu machen und die Arbeitslosenstatistik zu bereinigen. Tatsächlich ziehen es viele Menschen vor, übermäßig in einem prekären Job als wegen Arbeitslosigkeit gar nicht ausgebeutet zu werden.

In einer kapitalistischen Arbeitsgesellschaft sind Identität und Einkommen nur zu erwerben, wenn man Arbeit hat. Dies ist einer der Gründe für die Schwierigkeiten von Gewerkschaften, prekär oder informell Beschäftigte zu organisieren. Die mangelnde soziale Absicherung ist nicht nur Folge der schwachen Position im Beschäftigungssystem, sondern deren Ursache. Denn gemeinsame sozialstaatlich und tarifvertraglich geregelte Bedingungen für eine Vielzahl von Arbeitnehmern wie in Zeiten der Gültigkeit des „fordistischen“ Normalarbeitsverhältnisses gibt es kaum und daher auch kein kollektives Interesse, dessen Vertretung organisiert durch Gewerkschaften wahrgenommen werden kann. Die auch im Arbeitsprozess - und nicht nur in der Scheinwelt des Konsums - beförderte Individualisierung stützt einen „Neoliberalismus von unten“, der das System, trotz seiner ökonomischen Krisen und sozialen Zumutungen, stabilisiert. Dies wohl wissend (oder zumindest ahnend) blasen Arbeitgeber und willige Medien zur Hatz auf die Gewerkschaften als Organisationen der kollektiven Interessenwahrnehmung, und es ist nicht unerklärlich, dass dies anders als in den Jahrzehnten vor der Rede von der Globalisierung heute beim normalen Publikum gut ankommt.

Die Veränderungen in der Arbeitswelt können nur als radikal bezeichnet werden. Die technische und organisatorische Rationalisierung hat alle Branchen, inzwischen auch die Dienstleistungen, erreicht. Die Beschäftigten sind immer mehr in vernetzte Strukturen integriert, die in vielen Fällen Kontinente verknüpfen. Die lockeren Netzwerke erhöhen die Flexibilität des Kapitals im Vergleich zur schweren oder „klebrigen“ Industrialisierung. Mit ihnen können Belegschaften und individuelle Arbeitskräfte gegeneinander ausgespielt werden. Sie eröffnen aber auch neue Möglichkeiten, Stärke zu beweisen, indem Knotenpunkte blockiert werden, die für die Funktionsweise des Netzwerks zentral sind. So wurde tatsächlich ein Nerv getroffen, als während des ostdeutschen Metallstreiks Zulieferer lahm gelegt wurden. Freilich ist strategisch nicht genügend berücksichtigt worden, dass nicht nur das Kapital, sondern auch die Arbeitnehmer in den Unternehmen, denen die Teile fehlten, die Streikfolgen spürten und darauf nur unzureichend vorbereitet waren.

### **Die „Revolution“ hoher Realzinsen**

Spätestens seit der industriellen Revolution vor mehr als 200 Jahren sind die Führungsgrößen von Kapital, also die Profitrate, und die des Geldes, also die Zinsen, ausschlaggebend für die Steuerung des ökonomischen Prozesses. Der Mensch ist nun nicht mehr Maß aller Dinge, sondern es sind dies Kapital und Geld und deren quantitativer Zuwachs. Die Beschleunigung aller Produktionsprozesse wird durch Profitprinzip und Zinsmechanismus forciert. Die permanente Produktivitätssteigerung wird die Leitlinie des Wirtschaftens mit den schon angedeuteten Konsequenzen. Ohne Zuwachs, d.h. ohne Profit, kommt das ganze System ins Stocken, und dieses Stocken kann sich in Form einer Krise Ausdruck verschaffen, die nicht nur das Kapital, sondern in erster Linie die Arbeitskräfte betrifft. Die globalen Finanzmärkte sind prinzipiell instabil. Das kann gar nicht anders sein, denn Finanzbeziehungen verknüpfen immer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Vergangenheit insofern, als nach den Sicherheiten von Krediten gefragt wird. Und diese Sicherheiten sind immer in der Vergangenheit produziert worden. Beim Hypothekarkredit ist das ganz offensichtlich: mit den Sicherheiten ausgestattet wird der Kredit gegeben von heute bis in die Zukunft. Aber die Zukunft ist ungewiss. Und daher kann das, was mit dem Kredit finanziert wurde, zustande kommen - oder auch nicht.

Einen wichtigen Schub erfuhr die Globalisierung seit den 1970er-Jahren. Die Realzinsen nämlich sind so sehr angestiegen, dass sie seit Ende der 1970er-Jahre oberhalb der realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liegen; in allen Industrieländern, mit wenigen Ausnahmen in wenigen Jahren. Wegen des hohen Kreditrisikos sind die Zinsen besonders dramatisch in den verschuldeten Entwicklungsländern gestiegen. Der Risikoaufschlag auf den „Normalzins“ machte in manchen Fällen mehr als 20 Prozent aus. Das ist Wucher, für den aber anders als im „finsternen“ Mittelalter keine „Höllqualen“ im Fegefeuer angedroht sind. Denn es handelt sich ja um neutrale und daher unschuldige Marktprozesse, die für die Preise des Kapitals verantwortlich sind.

Der Anstieg der Realzinsen hat Ursachen. Mitte der 1970er-Jahre brach das Bretton-Woods-System mit fixen Wechselkursen zusammen. Seitdem schwanken die Wechselkurse und sie sind dabei sehr „volatil“, sehr flüchtig. Immer dann, wenn Preise sehr stark schwanken, ist das ein fantastischer Anreiz für die Spekulation. Denn man kann die Kursbewegungen ausnützen, um ein kleines Geschäftlein zu machen - und die kleinen Geschäftlein können sich zu hohen Gewinnen summieren, aber auch zu riesigen Verlusten.

Also war der Übergang zu einem System flexibler Kurse eine Voraussetzung für die nun aufblühende Spekulation. Wenn dann die Unsicherheit steigt, weil niemand mehr weiß, wie sich in Zukunft Wechselkurse und Zinsen entwickeln werden, wird das Risiko größer. Das größere Risiko muss in die Kosten eingerechnet werden. Die Folge ist, dass die Zinsen schon allein wegen des höheren Risikos ansteigen müssen - das weiß jeder Häuslebauer.

Um die Volatilität an den verschiedenen Finanzplätzen dieser Erde ausnutzen zu können, müssen die Finanzmärkte allerdings liberalisiert werden. Genau dies findet seit den 1970er-Jahren statt, so dass es tatsächlich möglich wird, sehr schnell Kapital um die Welt zu schicken und auf diese Weise Preisdifferenzen zwischen New York und Singapur, Sao Paulo und Frankfurt usw. auszunutzen. Neue Finanzinstrumente, in Sonderheit Derivate, sind dabei behilflich. Auch neue Akteure betreten die Finanzmärkte, vor allem hoch spekulative Fonds. Die Globalisierung der Finanzmärkte wird Realität, die auch Produktions- und Arbeitsprozesse formt.

Im Zuge der Deregulierung sind also Grenzen beseitigt worden, von den Zollgrenzen angefangen bis hin zu den gesetzlichen Regelungen von Aufsicht und Kontrolle über Finanzmärkte. In den nun entstehenden neuen Freiräumen bewegen sich nicht nur die Finanzjongleure, Portfolio-Manager und Spekulanten; es hat sich in ihnen auch die organisierte Kriminalität breit gemacht. Der IWF geht davon aus, dass etwa 5 Prozent des globalen Sozialprodukts der Geldwäsche unterzogen werden. Das bedeutet, dass jeder zwanzigste Beschäftigte (im globalen Durchschnitt gerechnet) schmutziges Geld mit Aktivitäten erwirbt, die nicht korrekt, die illegal oder sogar hochgradig kriminell waren: in Drogenproduktion und -handel, im Menschenhandel und Menschenschmuggel, einschließlich illegalem Organhandel, oder durch Korruption. Das ist sozusagen die schwarze Seite der Globalisierung, die sich so hat ausdehnen können, weil in dieser Weltwirtschaft „Offshore-Zentren“ existieren, auf denen fast keine Kontrolle ökonomischer Aktivitäten stattfindet. Dort haben sich Fonds angesiedelt, die neben anderen Geschäften auch das der Geldwäsche betreiben und korrupte Praktiken unterstützen; denn auch durch Korruption beschafftes Geld muss weiß gewaschen werden. Dabei sind dann höchst ehrenwerte Finanzinstitutionen mit von der Partie, deren Marmorfassaden wir auch hierzulande ehrfürchtig bewundern können. Bezeichnenderweise haben neben den Finanzinstituten auch manche Billigreedereien mit haarsträubenden Arbeitsverhältnissen an Bord der Schiffe und international operierende

Sicherheits- und Söldnerfirmen ihren Sitz in Offshore-Zentren wie den Bahamas, um sich der Aufsicht und Regulierung und den tariflichen Bindungen entziehen zu können.

Die Konsequenzen der finanziellen Globalisierung sind gravierend. Dass die Zentralbank und die Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten generell angesichts der liberalisierten Finanzmärkte ihre Souveränität verlieren, wird zum Anlass einer neuen Ideologie: Die freien Märkte würden, wenn man sie denn nur schalten und walten ließe, zum Wohle aller beitragen. Wenn das in der Tat nicht der Fall sein sollte, dann deshalb, weil die Einzelnen sich an die freien Märkte nicht richtig angepasst hätten. Auch die Arbeitsmärkte sollten so liberalisiert und flexibilisiert werden wie die Finanz- und Kapitalmärkte, bei den Löhnen - nach unten flexibel, nicht nur nach oben - ebenso wie bei Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation. In der globalisierten Welt konfliktieren also verschiedene Zeitregime: das der extremen Beschleunigung auf Finanzmärkten und die soziale Zeit in Produktion und Reproduktion - die Aufzucht von Kindern lässt sich nun einmal nicht so beschleunigen wie die Kapitalanlage in kurzfristigen Titeln - sowie die Rhythmen natürlicher Prozesse von Tag und Nacht, von Jahreszeiten und Erntezyklen.

Die Pensionsfonds, Investmentfonds, Hedgefonds machen die Finanzmärkte weltweit unsicher. Es ist - um es vorsichtig auszudrücken - politisch eine sehr fragwürdige Angelegenheit, mit der „Riester-Rente“ diese Fonds zu mästen. Denn die kapitalgedeckte Rente bedeutet nichts anderes, als dass man der Spekulation von Pensionsfonds auf den globalen Finanzmärkten Auftrieb gibt - und vor allen Dingen dann auch noch die Alterssicherung an diese Spekulation anbindet. Denn nur wenn die Spekulation erfolgreich ist, ist die Altersrente gewährleistet. Doch eine Garantie gibt es nicht. Diese wird umso fragwürdiger, je mehr Gesellschaften auf Ratschlag von IWF und Weltbank zu kapitalgedeckten Rentensystemen übergehen. Sollten - um einen extremen Fall anzunehmen - die mehr als 2 Mrd. Chinesen und Inder auf die kapitalgedeckte Rente umsteigen, dann wäre dies ein Mordgeschäft für Pensionsfonds, die das Vermögen der Inder und Chinesen verwalten. Aber die übrige Welthälfte müsste sich in großem Stil verschulden und fähig sein, den Schuldendienst zu leisten, um die Erträge zu finanzieren, aus denen die Pensionsfonds Renten an Chinesen und Inder zahlen. Mit anderen Worten: Die kapitalgedeckte Rente ist für eine Minderheit der Erdbevölkerung eine Option, für die Mehrheit nicht. Man sollte daher von vornherein die Finger davon lassen und bei den solidarischen, umlagefinanzierten Versicherungssystemen bleiben.

Da die Finanzmärkte so ungeheuer flexibel sind und es Anlegern ein Leichtes ist, bei liberalisierten Finanzmärkten von einem Finanzplatz zum anderen zu wechseln, wird die gleiche Flexibilität auch vom Unternehmens-Management erwartet. Das Management macht sich die Shareholder Value-Ideologie zu Eigen; d. h. es versucht, Renditen zu gewährleisten, die mit denen vergleichbar sind, die man mit irgendeinem beliebigen sonstigen Finanzprodukt auch erzielen könnte, denn sonst würden die Shareholders ihre Shares, die Aktionäre also ihre Aktien verkaufen - und das wäre schlecht für die Börsenkapitalisierung des Unternehmens. Wenn die Börsenkapitalisierung zu niedrig ist, dann drohen feindliche Übernahmen, dann droht vielleicht sogar die Zerschlagung eines Unternehmens. Also tut das Management alles, um die Rendite zu steigern. Davon hängen schließlich auch die Tantiemen oder die Prämien ab. Die Ideologie des Shareholder Value hat zur Folge, dass langfristige Bindungen ans Unternehmen eher konterproduktiv sind und es wie ein Selbstbedienungsladen für möglichst hohe Gehälter behandelt wird. Die Beispiele von Enron bis Worldcom, von Ahold bis zur Telekom verdeutlichen, wie sehr die kurzfristige Sichtweise und die Vernachlässigung langfristiger Perspektiven Unternehmen und mit ihnen Arbeitsplätze gefähr-

den. Wer sich auf ein langfristiges Projekt, etwa den Erwerb eines kreditfinanzierten Eigenheimes oder die Gründung einer Familie mit Kindern einlässt, gerät mit der Volatilität und Kurzfristigkeit der Finanzmärkte in Konflikt. Ohne Regulation der Finanzmärkte ist klar, wer als Sieger aus dem Konflikt hervorgeht: die Akteure auf den Finanzmärkten.

### **Gewerkschaftliche „Mehrebenenpolitik“: Vor Ort und in der Welt globaler Finanzmärkte**

Gleichzeitig üben die Finanzmärkte, vor allem durch die Rating Agencies, die durch keine öffentliche Institution kontrolliert werden, Druck auf die Regierungen aus, sich gemäß den Interessen der Geldvermögensbesitzer zu verhalten. Finanzmärkten wird „eine wichtige Wächterrolle“ bei der Kontrolle des Regierungshandelns zugeschrieben (so der Vorstandschef der Deutschen Bank Breuer im Jahr 2000). In einer Demokratie jedoch setzt das Staatsvolk und nicht der Finanzmarkt Regeln der Akzeptanz der Regierung und des Konsenses in der Gesellschaft, der Beschaffung von Legitimation für Regierungshandeln, der Übernahme der Verantwortung für politische Entscheidungen gegenüber den Staatsbürgern.

Doch auf den Finanzmärkten operieren keine Staatsbürger, sondern Geldvermögensbesitzer, denen es um die Stabilität und Mehrung ihrer Geldvermögen geht. Stabilität des Geldwertes ist für sie das aller erste wirtschaftspolitische Ziel. Wenn obendrein die Realzinsen im Durchschnitt oberhalb der realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liegen und daher - so kann man nur vermuten, dazu gibt es keine Statistiken - auch oberhalb der Profitrate auf industriell oder im Dienstleistungssektor angelegtes Kapital, dann bedeutet dies, dass Schuldner immer weniger in der Lage sind, aus den Zuwächsen ihren Schuldendienst zu leisten. Wenn die Geldflüsse von den Schuldnern zu den Gläubigern, also einseitig zu den Geldvermögensbesitzern erfolgen, dann nimmt die Ungleichheit in der Welt zu. Alle Statistiken belegen: Die globalisierte Welt ist eine fragmentierte Welt.

Es ist attraktiver, auf Finanzmärkten Kapital anzulegen als in der realen Ökonomie zu investieren, wenn die Renditen der Finanzpapiere höher liegen als die erzielbaren Profitraten. Dass diese Konstellation eine negative Wirkung auf die Beschäftigung hat, ist offensichtlich. Darüber hinaus steigt unweigerlich die öffentliche Verschuldung, wenn die privaten Geldvermögen zunehmen. Die öffentlichen Schulden können nur abgebaut werden, wenn saldenmechanisch zugleich auch private Geldvermögen reduziert werden. Die Rückführung der Staatsschulden zu versprechen und gleichzeitig auf eine Vermögenssteuer zu verzichten, stammt aus dem Rezeptbuch der ökonomischen Alchimie. Auch erhöht sich der Druck auf die Arbeitskosten, also Löhne und Gehälter einschließlich der sogenannten Lohnnebenkosten, wenn die Zinsen auf der Profitrate lasten. Die Globalisierung erweist sich daher als Vehikel der Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer und zu Gunsten der Geldvermögensbesitzer. Am Steuerrad dieses Vehikels, das auch marktgetrieben laufen würde, sitzen die moderne Sozialdemokratie mit den grünen Koalitionären und formulieren die Gesetze, die den Namen „Reform“ tragen und doch nichts anders darstellen als die politische Ratifikation ökonomischer Sachzwänge. Die Grundlagen der finanziellen Globalisierung werden als unabwendbar akzeptiert. Der Staatshaushalt wird durch Kürzungen im Sozialetat zu sanieren versucht, weil sich niemand an das „Sekundärbudget“, in das die Zinszahlungen auf die Staatsschuld eingestellt sind, heranwagt. Dann werden die „Lohnnebenkosten“, d.h. die Transferzahlungen an jene, die am bedürftigsten sind, weil sie aus dem System

der formellen Arbeit im Zuge der globalisierungsbedingten Rationalisierung herausgeworfen wurden, gekürzt. Eine unkoordinierte Streichorgie wird als eine Reform verkauft, die soziale Sicherheiten minimiert und den gesellschaftlichen Konsens zersetzt. Der Sektor der prekären und informellen Arbeit wird aufgrund dieser „Reformen“ größer. Und mehr noch: Die rot-grüne „Reform“ bereitet den Boden für rechtsautoritäre Populisten, die jene Sicherheiten versprechen, die die Regierung abbaut.

Die Globalisierung hat zweifelsohne ihre positiven Seiten. Doch sie birgt auch Gefahren – und diese bilden die strategische Herausforderung, auf die Gewerkschaften hierzulande Antworten entwickeln müssen. Die Globalisierung darf man nicht sich selbst überlassen, wie die Neoliberalen predigen, und man darf nicht die schlichte Anpassung an „globale Sachzwänge“, wie sie die Sozialdemokratie verfolgt, als Reform verkaufen – so weitgehend, dass der Begriff des demokratischen Sozialismus nicht nur sinnentleert, sondern bewusst aufgegeben wird. Die Globalisierung muss politisch kontrolliert werden, durch Regierungshandeln, aber auch durch Aktivitäten der Globalisierungskritiker, der Gewerkschaftsbewegung und durch internationale Organisationen. Nur so ist Handlungsspielraum, z.B. in der Tarifpolitik, zurückzugewinnen. Denn tatsächlich sind im Zuge der Globalisierung die territorial gefügten Strukturen, die die Grundlage für den Flächentarifvertrag bilden, im so genannten „space of flows“, in der Welt volatiler Kapitalflüsse aufgeweicht. Sicherlich muss dem in der Tarifpolitik Rechnung getragen werden. Aber ganz verkehrt wäre es, dies nur als Anpassung an Unabänderliches zu gestalten. Man wird sich mit der globalisierungskritischen Bewegung, z.B. mit Attac, für die Regulierung der globalen Kapitalflüsse, für soziale und ökologische Standards, für eine Demokratisierung der Institutionen der Weltwirtschaft stark machen müssen. Mehr als je zuvor müssen Gewerkschaften „auf zwei Hochzeiten tanzen“: tarifpolitisch vor Ort und in der Vielfalt der sozialen Bewegungen im globalen Raum - als Gegenmacht und als gestalterische Kraft.

Wenn dieser Ansatz stecken bleiben sollte, könnte das passieren, was Wolfgang Leonhard in den 1950er-Jahren von der russischen Revolution sagte: „Die Revolution frisst ihre Kinder“ - Heute würde es dann eventuell heißen: „Die Globalisierung frisst ihre Kinder“...